



öffentlich

**Betreff:**  
Alte Stadtmauer

Erstellungsdatum 17.04.2001

Eingang 02:

**Einreicher:** CDU-Fraktion/BürgerBündnis

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
09.05.2001	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

**Beschlussvorschlag:** Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zur Rettung der Reste der alten Stadtmauer an der Großen Fischerstraße die hierfür erforderlichen Sicherungsarbeiten so vorbereiten zu lassen, dass sie spätestens im Jahr 2002 erfolgen können. Die erforderlichen Kosten werden in den Haushalt 2002 eingestellt.

Darüber hinaus ist ein Konzept zu erarbeiten, wie danach die notwendigen Konservierungsarbeiten in angemessener Zeit erbracht werden können. Hierzu ist der Stadtverordnetenversammlung im Oktober 2001 ein Bericht vorzulegen

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

Begründung siehe Anlage

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Entscheidungsergebnis**

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag		<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:				
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:
Wiedervorlage:

Entscheidungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	

**Finanzielle Auswirkungen?**

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

**Begründung:**

Die Reste der alten Stadtmauer verfallen weiterhin. Die hin und wieder angebrachten Stützbalken können dies nicht verhindern. Aus einem Schriftwechsel des Bürgerbündnisses mit dem Bereich Untere Denkmalschutzbehörde und der Staatskanzlei des Landes Brandenburg geht hervor, dass von dort keine Hilfe zu erwarten ist, wenn die Stadt nicht energisch initiativ wird.